

## **Zunehmende Kluft zwischen Schule und Universität**

**Interview mit Prof. Dr. Dr. h.c. Paul Meimberg  
Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen**

REDAKTION: Herr Präsident, Sie haben sich bereiterklärt, zu einigen Punkten des Interviews Stellung zu nehmen, das der Herr Hessische Kultusminister Hans Krollmann den GIESSENER UNIVERSITÄTSBLÄTTERN — unter der Überschrift „In der Schulpolitik die richtige Mitte finden“, abgedruckt in Heft 2/1977 — zu Schule und Universität gemeinsam betreffenden Problemen gegeben hat. Erlauben Sie uns folgende Frage:

Der erste Teil des Interviews betraf weitgehend Probleme, die sich für Schule und Universität aus der Spannung zwischen dem Erfordernis der Spezialisierung und dem Erfordernis der Allgemeinbildung ergeben. Die Universität muß — nicht nur, um angesichts der zunehmend angespannten Berufsmarktlage für Akademiker für jeden Studiengang ein größeres Spektrum von Berufen erreichbar werden zu lassen, sondern vor allem auch, weil die Forschung wachsend zu fachübergreifenden Fragestellungen tendiert — immer stärker auf Allgemeinbildung bestehen. Die Schule hingegen begünstigt oder erzwingt — gerade im Zuge der Oberstufenreform — eine immer frühere Spezialisierung der Schüler und produziert wachsend Absolventen mit stark divergierenden Punktualsachverständigkeiten. Kann das auf die Dauer gutgehen? Minister Krollmann hat im Interview — scheint uns — hier die Probleme, Spannungen und Schwierigkeiten stark heruntergespielt. Drum auch hat er sich zu der Analyse dieser Schwierigkeiten und zu den Folgerungen, die die 122. Westdeutsche Rektorenkonferenz am 5. Juli 1977 in einschlägigen „Thesen zur Weiterentwicklung der neugestalteten gymnasialen Oberstufe“ gezogen hat, milde gesagt, sehr zurückhaltend geäußert. Teilen Sie hier seine Ansicht?

*MEIMBERG:* Die neue Bildungspolitik, wie sie im Bildungsgesamtplan vorgezeichnet ist, hat zwei gravierende Schwächen: Erstens der Übergang Schule — Hochschule ist mit erheblichen Schwierigkeiten belastet und zweitens haben die steigenden Studentenzahlen beim Übergang von der höheren Ausbildung in das Berufsleben wachsende Unsicherheiten für den Hochschulabsolventen zur Folge. Das heißt, daß der Student gegebenenfalls seine Studienfachwahl dem Studienplatzangebot anpassen muß und beim Abgang von der Hochschule ebenfalls mit der Mög-

lichkeit rechnen muß, einen anderen Beruf zu ergreifen als geplant. Hieraus folgt, daß eine frühe Spezialisierung nur dann sinnvoll ist, wenn auf Grund hervorragender einseitiger Begabung — was bekanntlich die Ausnahme ist — die Studienfach- und Berufswünsche durchgesetzt werden können. Im allgemeinen ist für den Übergang zur Hochschule die „Studierfähigkeit“ und für den Übergang ins Berufsleben die „Anpassungsfähigkeit“ erforderlich.

Zur Studierfähigkeit gehört neben einer ausreichenden Intelligenz auch die Fähigkeit, selbständig und effizient zu lernen, eine möglichst einheitliche und genügend breite Grundausbildung. Die WRK hat hierfür 8 Fächer vorgeschlagen, die bis zum Abitur zu belegen sind, nämlich Deutsch, Mathematik, 2 Fremdsprachen, 2 naturwissenschaftliche Fächer, Geschichte und ein weiteres sozialwissenschaftliches Fach. Hinzu kommen als persönlichkeitsbildende Fächer Religion, Leibeserziehung und Kunst oder Musik. Die Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe sollen auf  $\frac{1}{4}$  der Grundfächer beschränkt werden und dienen der Vertiefung bestimmter Fachgebiete oder auch der Wahl von Spezialfächern. Dieses Pflichtprogramm ist um 3 Fächer enger als es während meiner Schulzeit verlangt wurde, obwohl es auch damals in der Oberstufe Wahlmöglichkeiten in Form von Arbeitsgemeinschaften gab. Die reformierte Oberstufe der KMK sieht ein noch engeres Pflichtprogramm und entsprechend weitere Wahlmöglichkeiten vor. Darüber hinaus ist die KMK bereits seit 1969 der Auffassung, daß bei den einzelnen Fächern die wissenschaftliche Methodik gegenüber den konkreten Fächerinhalten Vorrang habe.

Dies Konzept bedeutet für die Hochschule:

- das Grundwissen der Studienanfänger ist außerordentlich unterschiedlich. Die JLU hat in einem Modellversuch „Naturwissenschaftliches Grundstudium“ für Studierende der Medizin, Veterinärmedizin, Land-, Haushalts- und Ernährungswissenschaften im Eingangstest folgende Spanne erreichter Punkte für positiv beantwortete Fragen ermittelt: Biologie 5—38, Chemie 1—41, Mathematik 12—62 und Physik 11—40.
- die Lehrveranstaltungen an den Hochschulen, die ja nicht mit einem Null-Wissen in den Grundfächern durchgeführt werden können, gehen über die Köpfe eines großen Teils der Studierenden hinweg. Die Vorstellung, die Hochschule möge Stütz- und Nachholkurse anbieten, ist aus Kapazitätsgründen nicht möglich. Außerdem kann es nicht Aufgabe der Hochschule sein, das nachzuholen, was in 13-jähriger Schulzeit versäumt worden ist.
- die ungenügende Vorbereitung auf das Studium führt zu einer Verlängerung der Studiendauer (Überschreiten der Regelstudienzeit).

— da die Wahl der Fächerkombination in der Oberstufe zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo noch keine Studienberatung erfolgte, ist kaum damit zu rechnen, daß die gewählte Kombination den Eingangsvoraussetzungen des in Aussicht genommenen Studiums entspricht.

Für den Studierenden bedeutet dieses Verfahren

- erhöhte Anfangsschwierigkeiten, die leicht zur Frustration führen können
- geringere Beweglichkeit beim Studienfachwechsel und bei der Ergänzung seines Studienprogramms durch zusätzliche Lehrveranstaltungen
- Erschwernisse bei der Anpassung an Berufsmöglichkeiten, die außerhalb seines eigentlichen Berufsziels liegen.

**REDAKTION:** Minister Krollmann hat einige von ihm als persönliche Meinung vertretene Überlegungen zur Gestaltung des 13. Schuljahrs geäußert: „Könnte man“ — so fragte er sich in diesem Interview — „nicht wenigstens das letzte Jahr entweder als Universitätspropädeutikum oder aber als verstärkt berufsvorbereitenden Abschnitt konzipieren?“ Was halten Sie davon?

**MEIMBERG:** Um eine Verbesserung des Übergangs von der höheren Schule zur Hochschule oder unmittelbar in einen Beruf zu erleichtern, habe ich mich schon früher für eine Orientierungsphase eingesetzt, in der eine gründliche Berufs- und Studienberatung verbunden mit Eignungstests in Verbindung zwischen Schule, Hochschule, Arbeitsverwaltung und Berufspraxis vorgenommen wird. Die Häufigkeit des Studienfachwechsels, die hohe Quote von Studienabbrechern (an der JLU 20% der Studierenden, die die Universität endgültig verlassen) und die wachsenden Schwierigkeiten des Eintritts in den Beruf rechtfertigen einen solchen zusätzlichen Aufwand, der am besten in das 13. Schuljahr gelegt wird. Ich begrüße daher die Überlegungen von Herrn Minister Krollmann.

**REDAKTION:** Zweifellos kann die Schule die ihr politisch abverlangten Reformen nicht leisten ohne Anstrengungen des Staates, sie besser auszustatten. Um ein Beispiel zu nennen: Die Umstellung der gymnasialen Oberstufe auf das Kurssystem mit starkem Wahlbereich verlangt — etwa durch die ganz unvermeidliche geringere Gruppengröße vieler oder gar der meisten Kurse — bezogen auf die gleiche Schülerzahl eine höhere Lehrkapazität. Hinzu kommt u. a. die Notwendigkeit, die bei der Auflösung des Klassenverbandes durch Kurslehrer nicht mehr wahrnehmbaren Klassenlehrerfunktionen etwa durch Tutorate zu kompensieren.

Und: Das Kurssystem mit großem Wahlbereich ist ohne Frei- und Springstunden gar nicht realisierbar; wer will, daß die Schüler sie sinnvoll verbringen — im Klartext: Wer die inoffizielle Institution der Springstundenstammkneipe für Schüler und die mit ihr verbundenen Gefahren vermeiden will —, muß die Einrichtung z. B. von Leseräumen in den Schulen fördern mit der Folgelast des Ausbaus der Schulbibliotheken: Das verlangt nicht nur bauliche Maßnahmen, nicht nur Sachmittel für Bücher, sondern auch Personalmittel etwa für Bibliothekare. Das sind sicher begrüßenswerte Folgelasten, aber das alles kostet viel Geld.

Studienreformen an der Universität — oder sehen wir das falsch? — haben vergleichbare Folgelasten: Auch sie verlangen — scheint uns — zusätzliche Mittel; bloß mit Lehrdeputatserhöhungen für den Lehrkörper der Universität — die im Zeitalter der Arbeitszeitverkürzungen ja nicht gerade gerecht sind —, wird man da ja wohl nicht durchkommen. Beide Reformhäuser — Schule und Universität — brauchen also mehr Geld; beide werden durch den gleichen Etat, den des Kultusministers, finanziert: Entstehen da nicht — insbesondere in Zeiten knapper Budgets — Verteilungsprobleme? Wir haben den Eindruck: Es ist politisch populär, die Schule — deren berechnete Bedürfnisse wir, schon in unserer Eigenschaft als Eltern oder mögliche Eltern, ganz und gar nicht bestreiten wollen — stärker zu alimentieren. Bei den Universitäten ist das — scheint es — politisch nicht mehr populär: Von ihnen erwartet man immer stärker Reformen zum Nulltarif oder gar zum Minustarif. Hier stecken doch ganz massive Probleme, oder sehen wir das verkehrt?

*MEIMBERG:* Es trifft m. E. zu, daß die reformierte Oberstufe mit einem breiten Wahlspektrum zusätzliche finanzielle, insbesondere personelle Anforderungen verlangt, die an vielen Schulen mit geringerem Einzugsbereich von Schülern (z. B. in ländlichen Räumen) gar nicht geleistet werden können. Hinzu kommt, daß bei einem breiten Wahlspektrum die vorhandene Lehrkapazität wegen der unterschiedlichen Nachfrage nach den einzelnen Wahlfächern schlechter ausgelastet wird.

Wahlmöglichkeiten zur Ergänzung und Vertiefung in bestimmten Schwerpunkten sind um so wichtiger, je klarer der in der Ausbildung Stehende seine besonderen Fähigkeiten und seine Berufsziele erkannt hat. Das heißt, daß sie an der Universität, in größerer Nähe zum Ausbildungsabschluß als auf der Schule, besonders wichtig sind.

Wir stehen vor der merkwürdigen Tatsache, daß die Bildungspolitiker, insbesondere die Kultusminister, den Schwerpunkt ihrer Reformarbeit auf die Schulausbildung legen, während für die strukturelle Anpassung der Universitäten an die Reform des Bildungssystems wenig getan wird.

Im Gegenteil glaubt man, durch immer stärkere Reglementierung und Einschränkung der Ausstattung die Hochschulen zentral lenken zu müssen, mit dem Ergebnis, daß die Kluft zwischen Schule und Hochschule immer weiter wird. Hierzu drei Beispiele:

- Obwohl die Hochschulen einen fünfmal so hohen Anteil an der Berufsausbildung junger Menschen haben sollen als früher, und die Zahl der Studierenden mindestens bis 1985 noch wächst, wird die Ausstattung schon jetzt in der räumlichen, personellen und Sachmittelausstattung gekürzt, während für die Schulen bei rückläufigen Schülerzahlen überproportionale Zuwachsraten bewilligt werden.
- Während in den Schulen die Lehrpläne, wie oben dargelegt, mehr auf exemplarisches und methodisches Lehren als auf Studieninhalte festgelegt werden, werden an den Hochschulen für Prüfungs- und Studienordnungen detaillierte Lehrzielkataloge verlangt, obwohl hier die Vermittlung von Basisqualifikationen für akademische Berufe an Bedeutung gewinnen.
- Während in der Schule die freie Wahl der Schulfächer in der Oberstufe besonders gefördert wird, werden die Wahlmöglichkeiten an der Universität durch die strengen Kapazitätsmaßstäbe bei der Festlegung der Aufnahmhöchstzahlen und durch beabsichtigte Einschränkung des Fächerspektrums eingeengt. Eine rigorose Handhabung der Regelstudienzeit würde eine weitere Einschränkung der Wahlfreiheit bedeuten.

**REDAKTION:** Bildungssystem und Beschäftigungssystem sind gegenwärtig schlecht aneinander angepaßt. Im Interview hat Minister Krollmann sich über einschlägige Desiderate der Studienreform geäußert und dabei — nicht zuletzt für den geisteswissenschaftlichen Bereich — die Notwendigkeit einer Ausweitung des Angebots berufsqualifizierender Studiengänge und rechtzeitiger Abschlüsse betont.

Das scheint zu konvergieren mit Überlegungen, die Sie in Ihrem „Bericht über Lage und Entwicklung der Justus-Liebig-Universität Gießen in den Jahren 1975/77“ über „Strukturelle Anpassung des Universitätsstudiums und Entwicklung neuer Studienpläne“ skizziert haben (JLU-FORUM Nr. 74, 1978, 11—14). Was sind Ihrer Meinung nach auf diesem Sektor vordringliche Maßnahmen?

**MEIMBERG:** Die unzureichende Anpassung von Hochschule und Beschäftigungssystem ist ein weiteres Beispiel einer allzu einseitig schulpolitisch ausgerichteten Bildungspolitik. Ich halte es für unabdingbar, daß eine gesetzliche Anpassung der deutschen Universitäten an die veränderte Situation durch hohen Anteil von Hochschulabsolventen erfolgt. Die Anregung des Wissenschaftsrates und anderer Bildungspoliti-

ker an den Hochschulen „Kurzstudiengänge“ einzuführen, um Hochschulabsolventen auf einer niederen Ebene in das Berufsleben einsteigen zu lassen, ist verhallt, weil die möglichen Berufsfelder weder von der öffentlichen Hand noch von privaten Arbeitgebern aufgezeigt worden sind. Außerdem führt das einfache Nebeneinander von kürzeren und längeren Ausbildungsgängen auf dem gleichen Gebiet wegen der Unsicherheit der Berufschancen kaum zu einer ausreichenden Verteilung der Studierenden auf die verschiedenen Studiengänge. Deshalb ist eine gesetzliche Regelung notwendig, die grundsätzlich einen ersten berufsqualifizierenden Abschluß nach kürzerer Ausbildungsdauer (4 oder 6 Semester) als Abschluß des Grundstudiums vorsieht (Bakkalaureat in angelsächsischen Ländern, Licentiat in Frankreich). Diesen Abschluß sollten möglichst alle Studierenden an der Universität schaffen, um das Problem der Studienabbrecher zu entschärfen. Nach dem ersten Abschluß steht es dem Studierenden frei, den zweiten Abschluß (Diplom, Magister) durch Weiterstudium zu erreichen.

Für die Entscheidung, ob der Studierende nach bestandenerm 1. Abschluß weiterstudieren soll, sind zwei Überlegungen von Gewicht:

Es muß klar sein, daß der zweite Studienabschnitt höhere Anforderungen stellt und daß die Berufsaussichten unsicherer sind. Außerdem muß der Abgänger nach dem 1. Abschnitt wissen, daß er ggfs. später ein Aufbaustudium mit dem 2. Examen nachholen kann.

Weiterhin muß bei der Reform der Curricula — und das ist Aufgabe der Hochschulen — berücksichtigt werden, daß eine Unterbringung der hohen Zahl von Hochschulabsolventen, so lange der Berufsmarkt hierauf noch nicht eingestellt ist, nur durch die Einsatzbereitschaft und Anpassungsfähigkeit der Hochschulabsolventen selbst erreicht werden kann. Es muß also mehr Gewicht auf die Vermittlung von akademischen Grundqualifikationen (wissenschaftliche Entscheidungsfähigkeit, Analyse komplexer Probleme, Führungsqualifikation usw.) gelegt werden und der Bezug zu den Bedingungen der Berufspraxis gestärkt werden. Die Situation, vor der wir stehen, kann mit der Expansion der Märkte in den 50er und 60er Jahren verglichen werden, wo neue Produkte durch ihre Qualität und vernünftige Werbemaßnahmen einen neuen Markt erobern mußten. Ebenso muß die Hochschule in die Lage versetzt werden, durch die Qualität der Ausbildung bei neuen, insbesondere kürzeren Ausbildungsgängen und durch Vermittlung von Grundqualifikationen für die akademische Berufspraxis der Studierenden die Chancen mitzugeben, sich einen Platz im Berufsmarkt zu erobern.

REDAKTION: Eine Universität wird ihren Studenten um so besser Berufschancen eröffnen, je mehr sie ihnen die Möglichkeit bietet, Sonder-

qualifikationen zu erwerben: Also Qualifikationen, die gerade nicht jeder Universitätsabsolvent vorzuweisen hat. Ein Beispiel wäre derjenige Physiker oder Geologe oder Agraringenieur, der zugleich sprachlich und kulturell etwas von Arabistik versteht. Hier scheint — unter anderen — den sogenannten „Kleinen Fächern“ eine besonders wichtige Funktion zuzuwachsen. Minister Krollmann hat im Interview angedeutet, daß die Tendenz zur Konzentration bestimmter kleiner Fächer nur an bestimmten Universitäten besteht. Wir halten diesen Eingriff in das Fächerspektrum einer Universität für verhängnisvoll. Steht hier nicht die Chancengleichheit der Universitäten und ihrer Studenten auf dem Spiel? Muß nicht die Universität Gießen alles daransetzen, ihr Fächerspektrum wenigstens zu erhalten? Ist das für die Universität Gießen nicht besonders schwer: Sie ist doch — gemessen an anderen hessischen Universitäten — überproportional von Stellenabzügen betroffen? Ist das nicht — sowohl im Blick auf die Justus-Liebig-Universität wie im Blick auf die mittelhessische Region — sehr schlimm? Warum behandelt die Landesregierung die Universität Gießen so schlecht?

*MEIMBERG:* Nach den bisherigen Verhandlungen mit dem hessischen Kultusministerium habe ich den Eindruck, daß eine Konzentration der „Kleinen Fächer“ an einzelnen Hochschulen nicht mehr beabsichtigt ist, sondern eine Kooperation durch Arbeitsteilung hinsichtlich der wissenschaftlichen Schwerpunkte. Die Universitätsorgane der JLU sind entschieden der Auffassung, daß das derzeitige Fächerspektrum zur Ergänzung des Lehrangebots und Unterstützung der Forschung erhalten bleiben muß. Da die Ausbildungsaufgabe der Hochschule zur Zeit, wie betont, besondere Aufmerksamkeit verdient, sollten auch die kleinen Fächer ihre Aufgabe nicht nur einseitig in der Forschung sehen, sondern ein berufsnahes, d. h. in der Praxis anwendbares Ergänzungsangebot in der Lehre anbieten. Ihr Beispiel mit der Arabistik ist durchaus beachtenswert für Studierende, die eine Auslandstätigkeit anstreben. Andere kleine Fächer können im übrigen durch Lehrveranstaltungen für Hörer aller Fachbereiche dazu beitragen, den Bildungshorizont der Studierenden zu erweitern, denn persönlichkeitsbildende Lehrveranstaltungen spielen nicht nur wegen der notwendigen Anpassungsfähigkeit in der Berufssuche, sondern auch wegen der zunehmenden Freizeit wieder eine stärkere Rolle.

Über die Ursachen des besonders starken Stellenabzugs in den Jahren 1976/77 vermag ich keine eindeutige Erklärung zu geben. Ich halte es für eine Fehlleistung der Bürokratie, die allzu sehr nach quantitativen und egalisierenden Maßstäben ohne Blick auf die Leistungen gearbeitet hat. Ich hoffe jedoch, daß unsere wohlbegründeten Widersprüche eine Wie-

derholung verhindern werden, besonders wenn es uns in den kommenden Jahren gelingt, überzeugende Leistungen in Lehre und Forschung vorzuweisen.

**REDAKTION:** Zweifellos stecken alle Universitäten der Bundesrepublik derzeit in großen Schwierigkeiten. Darauf antworten Länder und Bund mit dem Ruf nach immer stärkerer zentraler staatlicher Planung und wachsend massiven Eingriffen in die Autonomie der Universitäten. Die ministeriellen Planungsgruppen werden immer größer, der Berufsmarkt der Planungsprofis expandiert und dem Krisenbewältigungsgerbe — ihm allein — geht es von Krise zu Krise besser. Hierzu eine ketzerische — das Problem der Universitätsautonomie berührende — Frage: Kam und kommt es eigentlich zu diesen mannigfachen Schwierigkeiten der Universität, weil zu wenig, oder gerade, weil zu viel vom Staat her zentral geplant wurde und wird?

**MEIMBERG:** Ihre Frage ist leider nicht nur sehr aktuell, weil die Eingriffe unter dem Gesichtspunkt der „Planung“ immer verhängnisvoller für die Leistungsfähigkeit der Universitäten werden, sondern sie ist auch sehr interessant, weil sie ein grundsätzliches Problem aufwirft, nämlich das Problem der Planung überhaupt. „Planen“ heißt im Grunde Vorausdenken von zu erwartenden Entwicklungen und Vorbereiten von Strategien zur Steuerung von Entwicklungen zum Wohle der Gesellschaft. Beides ist jedoch in der Bildungsplanung unvollkommen getan worden, wie die erwähnten Lücken zwischen Schule und Hochschule sowie Hochschule und Beschäftigungssystem zeigen. Außerdem ist die Bildungsexpansion ohne Beachtung der wirtschaftlichen Folgen betrieben worden, so daß die wachsende Belastung der Hochschulen nicht mehr durch die erforderlichen finanziellen Mittel aufgefangen werden kann. Was jetzt als Maßnahmen der Planungsgruppen von Ministerien auf die Universitäten zukommt, ist im Grunde der Ausdruck fehlender Vorausplanung und fehlender Strategien zur Stärkung der Hochschulen bei der Bewältigung ihrer außerordentlich gewachsenen gesellschaftlichen Aufgaben. Als improvisierte Maßnahmen, die überdies weitgehend durch finanzpolitische Kriterien bestimmt sind, werden sie die Universitäten nachhaltig schädigen.